

FFA
Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag bis Sonntag bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck, Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetico 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 1. Dezember 1987

Blatt 2586

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Goldenes Ehrenzeichen für Arbeitsamt-Leiter Heindl (2587/FS: 30.11.)
- Vernissage der „Ring-Galerie“ im Sozialmedizinischen Zentrum (2588)
- Baufortschritt bei Fußgänger-Tunnel Schüttaustraße (2589)
- Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 3. Dezember (2590)
- Internationales Symposium Stadterneuerung (2591/2592)
- Spittelau: Inbetriebnahme der Fernheizanlagen (2593)
- Kein Parteienproporz im Stadterneuerungsfonds (2594)
- Wien bekommt Umweltberater (2595)

Goldenes Ehrenzeichen für Arbeitsamt-Leiter Heindel

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Montag, nachmittag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer dem Leiter des Landesarbeitsamtes Wien, Regierungsrat Johann HEINDEL, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Zilk hob in seiner Rede die gute Zusammenarbeit zwischen der Wiener Arbeitsmarktverwaltung und der Stadt Wien hervor. (Schluß)
red/bs

Bereits am 30. November 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Vernissage der „Ring-Galerie“ Im Sozialmedizinischen Zentrum

Vom 2. Dezember bis 14. Jänner

Wien, 1.12. (RK-LOKAL) „Kunst und Kultur, Lebenshilfe pur“ — unter diesem Motto bietet die „Ring-Galerie“ im Geriatrischen Tageszentrum des Sozialmedizinischen Zentrums Ost in der Langobardenstraße 122 eine Ausstellung von Amateurkünstlern. Sie wird am 2. Dezember um 18.30 Uhr eröffnet und ist dann bis 14. Jänner täglich, auch Samstag und Sonntag, von 8 bis 19 Uhr frei zugänglich. Zu sehen sind Aquarelle, Mischtechnik und Ölbilder sowie Federzeichnungen.

Carmen BURKHARDT, Christine ERNHARD, Gisela FRANK, Luise GIESSEL, Hedwig KISS, Friederike LICHTENSTERN, Josefine NOZICKA, Gertraud REBAY, Erich SOBOTKA und Emil UNGER sind die Künstler, die ihre Arbeiten im Rahmen dieser Ausstellung der „Ring-Galerie“ zeigen. Sie gehören zu einem Kreis von insgesamt rund 400 Künstlern, die an 55 wechselnden Ausstellungsplätzen, in Restaurants, Lokalen, Banken, Häusern der Begegnung, Volkshochschulen, Hotel, usw. ihre Werke der Öffentlichkeit präsentieren.

Organisiert werden die Veranstaltungen der „Ring-Galerie“ vom Wiener Volksbildungswerk, das es den Künstlern ermöglicht, sich ohne finanziellen Aufwand einem größeren Publikum vorzustellen, und sich auch um die Auswahl der Ausstellungslokale kümmert. Im heurigen Jahr haben bereits 300 Ausstellungen stattgefunden. Das erste Mal war die Idee der „Ring-Galerie“ im Jahre 1984 verwirklicht worden. Der Name geht auf das Ziel zurück, die Stadt mit einem Ring von Ausstellungen zu umgeben. Erstmals in einem Spital hat im heurigen April die „Ring-Galerie“ eine Ausstellung in der Poliklinik veranstaltet. (Schluß) and/bs

Baufortschritt beim Fußgänger-Tunnel Schüttaustraße

Nächste Woche Weiterbau des Tunnels Wagramer Straße

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Der Fußgänger- und Radfahrer-Tunnel unter der Schüttaustraße in der Donaustadt ist soweit hergestellt, daß die Schüttaustraße ab Donnerstag wieder in ihrer vollen Breite zur Verfügung steht. Es gibt dort also keine Verkehrsbehinderungen mehr.

Nächste Woche beginnt der dritte und letzte Bauabschnitt für den Fußgänger- und Radfahrer-Tunnel unter der Wagramer Straße. Ab Donnerstagabend wird die stadteinwärts führende Fahrbahn der Wagramer Straße zur Mitte hin verschwenkt. Diese Bauarbeiten werden bis April 1988 dauern.

Die beiden Unterführungen der Schüttaustraße und der Wagramer Straße werden im Zusammenhang mit der Donauufer-Autobahn errichtet. Sie schaffen eine Verbindung für Fußgänger und Radfahrer von der Reichsbrücke zum Kaiserwasser sowie zur U-Bahn-Station, zur UNO-City und zum Donaupark. (Schluß) sc/rr

Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 3. Dezember

Im Rathaus, Schmidthalle

Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Die nächste zentrale Selbstschutzberatung in der Schmid-Halle des Rathauses findet am Donnerstag, dem 3. Dezember, statt. Zwischen 15.30 und 18 Uhr beraten Experten des Zivilschutz-Landesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Polizei, der Stadtbaudirektion und der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation.

Allgemeine Auskünfte und Informationsmaterial gibt es in den Selbstschutz-Informationszentren in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie sind Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr, geöffnet. (Schluß) and/gg

Internationales Symposium Stadterneuerung

**Eröffnung durch Bürgermeister Dr. Zilk –
Mit Stadterneuerung auch Bezug der Menschen zur Stadt erneuern**

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) „Mit der Stadterneuerung sollen wir auch den Bezug der Menschen zur Stadt erneuern!“ Mit diesen Worten eröffnete Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag vormittag das INTERNATIONALE SYMPOSIUM STADTERNEUERUNG. Europas Städte würden ihre Altstadtkerne wiederentdecken, und Milliardenbeträge würden für ihre Renovierung investiert. Was mit den Städten geschehe, das bestimme unsere Zukunft, meinte Zilk in Anlehnung an die Charta über die europäischen Städte, die kürzlich in Wien unterzeichnet wurde.

Stadterneuerung solle sich nicht nur in äußerlich sichtbaren Maßnahmen wie Fassadenerneuerung und Verbesserung der Wohnqualität vollziehen, sondern diene auch der Erneuerung des Bezuges der Menschen zur Stadt. Stadterneuerung erfülle gerade in Wien die Stadt mit neuem Leben. Dabei gelte in Wien das Prinzip der „sanften Stadterneuerung“, der Erneuerung gemeinsam mit den Bürgern. Denn Wohnen koste etwas, aber es müsse für alle, besonders die sozial Schwachen, erschwinglich sein.

Die Leistungen der Stadt Wien bei der Stadterneuerung seien unübersehbar und in eindrucksvollen Zahlen nachweisbar. Das Symposium diene nun dem internationalen Vergleich und auch der Kritik am Wiener Modell der Stadterneuerung. Es solle „ein Forum für offene Diskussion, für Ideenwettbewerb und für die Gegenüberstellung von Erfahrungen und Wegen sein“, sagte Zilk, um den Wiener Weg weiter zu verbessern. Daher sei es auch notwendig, die Stadterneuerung aus der Tagespolitik herauszulösen.

Edlinger will Stadterneuerung ohne Parteipolitik

Wiens Baustruktur sei das gesellschaftspolitische Abbild seiner Geschichte, stellte Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zu Beginn seines Grundsatzreferates fest. Neben prachtvollen Ringstraßenbauten seien auch menschenunwürdige Massenquartiere der Arbeiter ein Erbe der Gründerzeit. Im Zuge gewaltiger Neubauleistungen sei zu lange auf diese alten Viertel vergessen worden, wo Autoverkehr sowie fehlender Grün- und Freiraum die Lebensqualität verschlechterte.

Mit der Einzelwohnungsverbesserung, die bisher von 150.000 Haushalten genützt wurde, habe Österreich ein europaweit vorbildliches Modell geschaffen. Der Weg zur „sanften Stadterneuerung“ sei eine logische Folge jenes Leitgedankens gewesen, die Interessen aller Beteiligten, vor allem der sozial Schwachen, zu berücksichtigen. In den letzten Jahren seien für eine praxisorientierte Umsetzung die nötigen Voraussetzungen geschaffen worden. Edlinger kündigte in diesem Zusammenhang an, den bisher bestehenden parteipolitischen Proporz im Wiener Stadterneuerungsfonds durch ein Kuratorium aus Fachleuten der Interessenvertretungen zu ersetzen, um nicht allzu viel „parteipolitischen Sand in das Getriebe dieses Instruments“ zu bringen.

Zu den Perspektiven künftiger Stadterneuerungspolitik zählt Edlinger die breite Kooperation aller an der Stadterneuerung Interessierten. Jährlich sollen in Wien 500 Wohnhäuser mit einem Baukostenvolumen von 3 Milliarden Schilling saniert werden, wobei das Risiko für Bauträger und Bauwirtschaft kalkulierbarer werden sollte.

Die Mieterbeteiligung bezeichnete Edlinger als eine „Kernfrage“ der Wohnhaussanierung, weil sie den Prozeß der Stadterneuerung in der Regel effizienter und kostengünstiger mache. Mehr Aufmerksamkeit werde der Sanierung ganzer Häuserblocks geschenkt. Im 17. und 18. Bezirk werde eine erstmals Bezirksgrenzen überschreitende Gebietsbetreuung eingerichtet. Fachteams sollen am Rande der Problembereiche

Gürtel, West- und Südeinfahrt kleinräumige Stadterneuerungsmaßnahmen setzen. Die Stadt Wien werde selbst immer wieder als Impulsgeber für die Stadterneuerung auftreten. Man werde „die Superblocks des roten Wiens der 30er Jahre in den 80er Jahren sanft erneuern und diese Bauwerke wiederum zu international beachteten Beispielen der Wiener Wohnungspolitik machen“, sagte Edlinger.

Der Lebensraum Stadt müsse sorgsam bewahrt werden. In Wien eröffneten sich heute dafür Chancen und Aufgaben von historischer Dimension. Es gelte, eine Atmosphäre der Bereitschaft, eine „Art von Aufbruchstimmung“ in der ganzen Bevölkerung zu schaffen. Das Symposium biete für diese Weichenstellung drei Tage Zeit, schloß Edlinger.

Potyka: Stadterneuerung braucht aktive Planung

Der Wiener Architekt und Stadtplaner Prof. Hugo POTYKA verlangte, daß Stadterneuerung nicht zufällig erfolgen dürfe, sondern einer aktiven Planung folgen müsse. Er trat für mehr Flexibilität bei der Änderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen ein, die eine Anpassung an den Bestand ebenso ermöglichen sollten wie Gestaltungsfreiräume in Hinblick auf längerfristige Leitvorstellungen der Stadtplanung. Außerdem seien in der Planung der Widmung und Bebauung dichtbebauter Stadtgebiete Richtwerte für die Grünversorgung, die Bebauungs-, Einwohner-, Geschos- und Arbeitsplatzdichte vorzusehen. Potyka kritisierte, daß zu viele kommerzielle, aber zu wenig private Garagenplätze in Wien entstehen würden, wobei sich die Frage erhebe, ob den Marktgesetzen nachzugeben sei oder Verbesserungen für die Wohnbevölkerung erreicht werden sollen.

Potyka sprach sich für eine integrierte und für alle Magistratsabteilungen verbindliche Planung der Stadt aus. Einen Schwerpunkt sieht er im Bereich des Gürtels, der West- und Südeinfahrt. Hier gehe es nicht nur um Verkehrsplanung, sondern auch darum, die Abwanderung der Bevölkerung durch Hebung der Wohnqualität zu stoppen. So müßten sich auch insgesamt die Autofahrer „stadtverträglicher“ verhalten, forderte Potyka. Wesentlich sei schließlich die Einbindung der Bürger in Planungsprozesse, wobei vielfach die verbesserte Information eine erste Voraussetzung dafür ist.

Stingl: Chancengleichheit und Anreiz für private Hauseigentümer besteht in Wien

Der Innungsmeister der Immobilienreuhänder, Dr. Gerhard STINGL, meinte, daß durch das Wohnhaussanierungsgesetz Chancengleichheit und Anreiz für private Hauseigentümer zur Instandsetzung und Verbesserung ihrer Wohnhäuser geschaffen wurden. Allerdings bestünden durch eine hohe Verschuldung trotz Förderungszusicherung und durch eine weitgehende Ertragslosigkeit während der ersten Jahre noch gewisse emotionale Hemmnisse. Stingl regte in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Übernahme der Zehntelabschreibung auch durch Erben von Förderungswerbern an. Dies würde gerade in Hinblick auf die „Blocksanierung“ Anreiz für ältere Hauseigentümer sein.

Stingl sprach sich für die mieterfreundliche Sockelsanierung aus und sieht eine Gefahr in großorganisierten und zu sehr auf Rentabilität ausgerichteten Bauherrenmodellen, die auch die alte Hausbesitzerstruktur gefährden. In den Gebietsbetreuungen werde erfolgreiche Vermittlungsarbeit zwischen Hauseigentümern und Bewohnern betrieben. Die Mieter müßten allerdings zu mehr Wohnungsverbesserungen motiviert werden. Zusätzlich zur derzeitigen Förderung sollte für Hauseigentümer mehr Anreiz zur Einbringung von Eigenmitteln geschaffen werden, schloß Stingl.

Am Nachmittag beginnt die Arbeit in fünf Arbeitskreisen, die sich mit der Praxis der Wohnhaussanierung in Wien befassen werden. (Forts. mögl.)
ah/gg

Forts. von Blatt 2591

Spittelau: Inbetriebnahme der Fernheizanlagen

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Der Brand im Fernheizwerk Spittelau im vergangenen Mai hat die beiden Rauchgasreinigungsanlagen vernichtet, während die Müllverbrennungsanlage selbst vom Brand nicht betroffen war. Damals wurde angekündigt, daß trotz theoretisch funktionsbereiter Müllverbrennungsanlage im Fernheizwerk Spittelau erst nach der kompletten Wiedererrichtung der Rauchgasreinigungsanlagen mit weiter verbessertem Wirkungsgrad wieder Müll verbrannt wird. Das gilt selbstverständlich nach wie vor, betonte Energiestadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die eigentlichen Bauarbeiten für den Wiederaufbau der Rauchgasreinigungsanlage und der vom Brand betroffenen Gebäudeteile werden in größerem Umfang voraussichtlich im Frühjahr 1988 beginnen und etwas über ein Jahr dauern.

Es gibt aber im Fernheizwerk Spittelau Anlagen zur Erzeugung von Fernwärme, die auch heuer so wie jedes Jahr nach Bedarf in Betrieb genommen werden müssen. Mit ihnen wird die Versorgung des AKH und der Brigittenau mit Fernwärme sichergestellt. Selbstverständlich werden diese Kesselanlagen nur mit schwefelarmem Heizöl (ein Prozent) betrieben, und es wird kein Müll verbrannt.

Bei der Inbetriebnahme dieser Anlagen sind alljährlich Kaltstartprobeläufe, Zündproben und Feuerungseinstellarbeiten erforderlich. Dadurch kann es zu kurzfristigen, jeweils einige Minuten dauernden Staub- und Rußbelastigungen in der unmittelbaren Umgebung kommen. Danach sind die Kessel ohne Störung der Bevölkerung je nach Wärmebedarf bis Mai 1988 in Betrieb.

Instandsetzungsarbeiten am Kamin des Fernheizwerkes

Der Kamin ist durch den Brand beschädigt und stark verunreinigt. Deshalb sind in den nächsten Monaten je nach Witterung folgende Arbeiten erforderlich: Verschließen von Mauerfugen, Auswechslung von Aluminiumfasadenteilen im Kanzelbereich, Reinigungsarbeiten durch Sandstrahlung und Abwaschung mit Hochdruckreinigungsgeräten sowie Anstricharbeiten. Diese Arbeiten werden sich auf die Zeit von 7 bis 19 Uhr beschränken und so durchgeführt werden, daß es keinen Anlaß zu Beschwerden gibt. Es beginnen auch die Bauarbeiten für eine neue Rampe für die Entleerung der Müllfahrzeuge. Mit dieser Rampe wird bei Wiederinbetriebnahme der Müllverbrennung die Staubbekämpfung der Umgebung verhindert werden.

Die Anrainer des Fernheizwerkes Spittelau werden von den Heizbetrieben durch ein Flugblatt über diese Maßnahmen informiert. (Forts.mgl.) roh/bs

Kein Parteienproporz im Stadterneuerungsfonds

Zilk: Weiterer Schritt zur Versachlichung der Politik

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) In Zukunft wird das Kuratorium des Wiener Stadterneuerungsfonds nicht mehr die Kräfteverhältnisse im Gemeinderat widerspiegeln. Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seinem heutigen Pressegespräch erklärte, sollen die drei im Gemeinderat vertretenen Parteien nur jeweils einen Vertreter in dieses Gremium entsenden. Darüber hinaus soll das Kuratorium mit Fachleuten der mit diesem Themenkreis befaßten Gruppierungen — also etwa Handelskammer, Arbeiterkammer, Ingenieurkammer, Mietervertretungen, Hauseigentümer, usw. — beschickt werden. Dies sei ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Versachlichung der Politik, betonte der Bürgermeister.

Multifunktionale Nutzung für die Roßauer Kaserne

Zu den diversen Nutzungsvorschlägen des Bundes für die Roßauer Kaserne sagte Zilk, daß dieser Baukomplex Möglichkeiten biete, stadtplanerische Akzente zu setzen. Nach der Übersiedelung von Teilen der Bundespolizeidirektion Wien in den Neubau am Franz-Josefs-Bahnhof sollte die Roßauer Kaserne einer multifunktionalen Nutzung zugeführt werden, also einer Mischung aus Wohnen, Geschäften, kulturellen Einrichtungen und Behörden. Das Objekt gehöre zwar dem Bund, doch habe dieser zur Kenntnis zu nehmen, „daß ohne Wien nichts geht“, schloß Zilk. (Schluß)
red/gal

Wien bekommt Umweltberater

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Über die Einrichtung von Umweltberatungsstellen in Wien berichtete Stadtrat Helmut BRAUN am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Ökologie-Institut und dem Verband Wiener Volksbildung sollen ab Jänner kommenden Jahres 15 Umweltberater ihre Tätigkeit aufnehmen. Sie sollen in engem Kontakt mit der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien, der Umweltpolizei und den Bürgerdienstaußenstellen stehen. Im Februar 1987 haben die ersten beiden österreichischen Umweltberatungsstellen, besetzt mit je fünf Umweltberatern, in Zwettl und Amstetten ihre Arbeit aufgenommen. In Wien sind vier Umweltberatungsstellen in den Volkshochschulen Wien-Nord, Margareten, Favoriten und Hietzing vorgesehen. Als Aufgaben der Umweltberatung erwähnte Braun:

- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit, um die Bereitschaft zu umweltbewußtem Handeln zu wecken und zu stärken
- Erarbeitung konkreter Handlungsmöglichkeiten
- Individuelle Haushaltsberatung
- Anlaufstelle in allen Umweltfragen für ökologisch interessierte Bürger

Das Ökologie-Institut hat auch ein eigenes Ausbildungskonzept für die Umweltberater entwickelt. Die Finanzierung soll durch das Sozialministerium, das Umweltministerium und die Stadt Wien erfolgen.

Salzstreuverbot

In Wien wird das generelle Salzstreuverbot beibehalten, erklärte Braun weiters. Die Aufhebung des Salzstreuverbotes könne nur in Extremfällen erfolgen, um in kritischen Straßenzügen, z.B. bei Steigungen, vor allem mit öffentlichen Verkehrsmitteln, den Verkehr nicht zum Erliegen zu bringen. An den Stadteinfahrten sollen Tafeln mit einem Hinweis auf das Salzstreuverbot in Wien aufgestellt werden.

Weihnachtsmüll

Im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft und den damit verbundenen Müllberg appellierte Umweltstadtrat Braun sowohl an die Bevölkerung, gerade zu Weihnachten den Müll zu trennen, um wiederverwertbare Stoffe, z.B. Altpapier, zu gewinnen, als auch an den Handel, bereits in den Geschäften die Möglichkeit für den Kunden zu bieten, unnötiges Verpackungsmaterial gleich dort zu lassen. (Schluß) du/bs